

**Josef Iraschko**  
**KPÖ-Leopoldstadt**

Mit großer Mehrheit angenommen

Antrag an die 21. Wiener Landeskonferenz der KPÖ-Wien

**Genosse Josef Iraschko wird beauftragt, im Namen der Landeskonferenz innerhalb der nächsten 2 Wochen an die Bezirksvorstehungen und Klubvorsitzenden jener Bezirke eine entsprechende Anfrage zu richten, die von der geplanten Umstrukturierung/Auflösung der MA 16 – Schlichtungsstellen betroffen sein werden. In dieser Anfrage soll den Bezirksverantwortlichen begründet nahe gelegt werden, gegen diese Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Rücken der betroffenen Bevölkerung und auch der dort derzeit tätigen ArbeitnehmerInnen gegenüber dem Wohnbaustadtrat Faymann Stellung zu beziehen und auch die jeweiligen Bezirksbevölkerung über diese geplanten Maßnahmen zu informieren. Der Schaden für die Bezirksbevölkerung ist offensichtlich. Das Schweigen der Bezirksverantwortlichen unverständlich. Diese Stellungnahmen sollen dann mit geeigneten Mitteln an die Schlichtungsstellen und auch an die Bevölkerung weiter geleitet werden.**

**Begründung:**

Der Wiener Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 5. Oktober 2006 unbemerkt von der Wiener Bevölkerung und unkommentiert von der medialen Öffentlichkeit mehrheitlich eine Teiländerung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien vorgenommen. Betroffen davon ist die MA 16 – Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten, die ihre Agenden an die MA 50 – Wohnbauförderung, übertragen soll. Mit der Zusammenführung der MA 16 zur MA 50 wurde der Wohnfonds Wien betraut und soll diese innerhalb der nächsten 2 Jahre abgeschlossen sein.

Mit der Einrichtung der MA 16 durch Wohnbaustadtrat Faymann vor einigen Jahren wurden die damals in fast allen Bezirken angesiedelten Schlichtungsstellen (meist in den Magistratischen Bezirksämtern) bereits auf 10 Standorte reduziert. Damals auch schon mit dem Argument der größeren Effizienz und Beschleunigung der Arbeitsabläufe. Tatsächlich wurden Arbeitsplätze abgebaut und die Verfahren vor den Schlichtungsstellen dauern jetzt wegen Arbeitsüberlastung wesentlich länger.

Nun sollen die verbliebenen 10 Schlichtungsstellen an einen einzigen Standort im 19. Bezirk, Muthgasse 62, angesiedelt werden. Die offizielle Begründung ist wiederum „Optimierung der Organisation“, „Beschleunigung der Abläufe“ und letztendlich die „wirtschaftlichere Nutzung von Räumlichkeiten“. Tatsächliches Ergebnis dieser „Zusammenführung“ wird sein: Personalabbau und überforderte Ablauforganisationen, sowie eine drastische Verschlechterung für die von den Verfahren betroffene Bevölkerung und die VertreterInnen der MieterInnen-Organisationen. Das Amthaus Muthgasse ist mit öffentlichen Verkehrsmittel äußerst schlecht und vor allem für gehbehinderte und ältere Menschen faktisch nicht erreichbar.

Wohnbaustadtrat Faymann ist ein klassischer Vertreter jener jüngeren Generation von SPÖ-FunktionärInnen, die die neoliberale Umstrukturierung der Verwaltung der Stadt Wien unter sozialen Phrasen besonders intensiv vorantreiben. Im Zusammenhang mit der seit Anfang 2005 eingeführten Kostenpflicht in den mietrechtlichen Außerstreitverfahren steht außerdem zu befürchten, dass diese Umstrukturierung nur der nächste Schritt zur Auflösung der Schlichtungsstellen und damit der dort noch kostenlose Rechtszugang insgesamt liquidier wird.

Josef Iraschko